

Phantasiereich abgewürgt

Feuertod von Oury Jalloh: Sachsen-Anhalts Justiz legt Fall zu den Akten, Initiative kündigt neues Gutachten an

Von Susan Bonath

Montag 28.10.19



Hendrik Schmidt/dpa-Zentralbild/dpa

Kein Vergeben, kein Vergessen: Demonstration in Gedenken an Oury Jalloh (Dessau-Rosslau, 7.1.2019)

Kommentar: Ein Justizskandal

[Komplett anzeigen](#)

Nachdem Sachsen-Anhalts Justiz weitere Mordermittlungen abgelehnt hat, will die »Initiative in Gedenken an Oury Jalloh« erneut in die Offensive gehen. Für den heutigen Montag hat sie eine Pressekonferenz in Berlin angekündigt. Dort werde die Soziologin Vanessa Eileen Thompson die bisherigen Ergebnisse einer selbst finanzierten internationalen Kommission präsentieren, die den fast 15 Jahre zurückliegenden mutmaßlichen Mord an Oury Jalloh im Dessauer Polizeirevier aufklären will. Unter anderem werde ein Fachgutachten zu den Röntgenaufnahmen des verkohlten Leichnams vorgestellt, sagte Nadine Saeed von der Initiative im Gespräch mit jW. Zu erwarten seien »neue, eindeutige

Erkenntnisse, die nicht nur den Ablauf im Revier betreffen, sondern neues Licht auf die bisherige fehlende Aufklärung werfen«, so Saeed.

Der Kommission gehören laut Initiative Fachleute aus verschiedenen Bereichen an. In akribischer Arbeit arbeiteten diese den Tod von Oury Jalloh im Zusammenhang mit zwei weiteren ungeklärten Fällen auf. So starb im Dezember 1997 der Erwerbslose Hans-Jürgen Rose nach seiner sogenannten Ingewahrsamnahme an den Folgen schwerster Misshandlungen. Im Oktober 2002 kam Mario Bichtemann aus Dessau im Revier durch einen Schädelbasisbruch zu Tode. Seine Leiche war mit etlichen weiteren Verletzungen, darunter vier Rippenbrüche, in derselben Zelle gefunden worden, in der gut zwei Jahre später Oury Jalloh verbrannte (jW berichtete). Es gebe viele Parallelen, sagte Saeed. Die Initiative spricht vom »Oury-Jalloh-Komplex« und einem Justizskandal, der bis in die höchsten Instanzen vertuscht werde. Man wolle »die Begründung des Oberlandesgerichts ad absurdum führen«.

Das Oberlandesgericht (OLG) Sachsen-Anhalt in Naumburg hatte vergangenen Mittwoch einen Antrag auf Klageerzwingung abgewiesen. Gestellt hatte ihn der Bruder des Opfers, Mamadou Saliou Diallo, im Januar dieses Jahres. Der Antrag, begründete das OLG, entspreche nicht den Anforderungen der Strafprozessordnung. »Danach ist eine geschlossene, aus sich selbst heraus verständliche Sachdarstellung geboten, die es dem Gericht ermöglicht, die Verfahrenseinstellung ohne Rückgriff auf die Ermittlungsakten der Staatsanwaltschaft, frühere Eingaben und andere Schriftstücke und Akten rechtlich zu überprüfen«. Zudem habe bereits Sachsen-Anhalts Generalstaatsanwalt Jürgen Konrad »einen hinreichenden Tatverdacht verneint«.

Dem war eine Serie von Skandalen vorausgegangen. Nachdem die Staatsanwaltschaft Dessau-Roßlau jahrelang ins Leere ermittelt hatte, engagierte die Initiative den Brandexperten Maksim Smirnou auf eigene Rechnung. Bei Versuchen in einer nachgebauten Zelle kam dieser 2013 zu dem Schluss, dass nur Brandbeschleuniger ein Feuer wie das in der Polizeizelle erzeugt haben konnte. Anders sei das Brandbild samt Zustand des Toten und der Matratze, an die er gefesselt war, nicht zu erklären. Außerdem hätten dem Feuerzeug, mit dem Jalloh sich laut Polizei selbst angezündet haben soll, Spuren der Matratze sowie der Leiche anhaften müssen. Dies hatten schon 2012 Sachverständige des Landgerichts Magdeburg verneint. Jemand müsse es also manipuliert haben, hieß es.

Der frühere Leitende Oberstaatsanwalt in Dessau, Folker Bittmann, veranlasste daraufhin im Sommer 2016 einen neuen Brandversuch. In ihrem Gutachten dazu kamen die hinzugezogenen Experten aus den Bereichen Brandforensik,

Rechtsmedizin, Kriminologie und Chemie zu einem eindeutigen Ergebnis: Der Gefangene sei vor Ausbruch des Feuers bewusstlos gewesen, könne es also nicht selbst gelegt haben. Zweitens muss Brandbeschleuniger im Spiel gewesen sein, vermutlich Feuerzeugbenzin, das im Brandschutt nicht immer nachzuweisen sei – zumal dieser unmittelbar nach der Tat nicht untersucht wurde.

Bittmann wandte sich im April 2017 an Generalstaatsanwalt Konrad. Er solle den Generalbundesanwalt (GBA) einschalten. In einem Vermerk, der jW vorliegt, formulierte und begründete Bittmann nicht nur einen dringenden Mordverdacht gegen konkret benannte Polizisten. Er erläuterte auch Tatmotive. Danach wollten die Täter möglicherweise Misshandlungen vertuschen und den Fokus von den beiden vorangegangenen Todesfällen Rose und Bichtemann ablenken. Ergebnis: Der GBA lehnte es ab, sich mit dem Fall zu befassen, und Konrad entzog Bittmann das Verfahren im Juni 2017. Knapp drei Monate später verfasste die Behörde in Halle unter Oberstaatsanwältin Heike Geyer den Einstellungsbeschluss (liegt jW vor). Begründung: Es lägen keine Beweise für die Beteiligung Dritter vor. Auf die Ausführungen Bittmanns und der Experten gingen die Staatsanwälte nicht ein. Eine Beschwerde der Hinterbliebenen dagegen wies Konrad Ende 2018 unter ähnlichen Vorwänden ab, wogegen sich wiederum der Antrag auf Klageerzwingung gerichtet hat.

»Damit stellt sich das OLG Naumburg in allen wesentlichen Punkten hinter die vom Generalstaatsanwalt vorgebrachten, unwissenschaftlichen und phantasiereichen Argumentationsketten«, kommentierte die Initiative dieses »Ende der juristischen Nicht-Aufklärung« der Dessauer Todesfälle Jalloh, Rose und Bichtemann. Es verschließe sich somit »allen bislang gewonnenen Fakten und Expertenmeinungen bzw. interpretiert diese in unhaltbare Überzeugungen um, die nicht der Realität entsprechen«.